



Ausschuss für Kommunalpolitik und Verwaltungsstrukturreform

12. Sitzung (öffentlich)

10. Mai 2006

Düsseldorf – Haus des Landtags

13:30 Uhr bis 14:35 Uhr

Vorsitz: Edgar Moron (SPD)

Redaktion: Michael Roeßgen

Verhandlungspunkte:

1	Aktuelle Viertelstunde	1
	<u>hier:</u> Umsetzung der Verwaltungsstrukturreform	
	auf Antrag der SPD-Fraktion	
	• Bericht durch PStS Manfred Palmen (IM)	1
	• Diskussion	2
	• Ergebnis	7

2 Gesetz zur Änderung des Zweiten Gesetzes über den Abbau der Fehlsubventionierung im Wohnungswesen für das Land Nordrhein-Westfalen (2. AFWoG NRW)Gesetzentwurf der Fraktion der SPD
Drucksache 14/706

In Verbindung damit:

Gesetz zur Änderung des Fehlbelegungsrechts für das Land Nordrhein-Westfalen – Fehlbelegungsrechtsänderungsgesetz – (FehlÄndG NRW)Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 14/795Vorlage 14/390 – Neudruck – (Änderungsantrag)
Ausschussprotokoll 14/127

- Ergebnis: *kein Votum*8

3 Integrierte Gesamtverkehrsplanung dem Landtag vorlegen.....8Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Drucksache 14/1113

- Diskussion8
- Ergebnis: *abgelehnt*9

4 Verfahren und Organisation der Bewilligung in der sozialen Wohnraumförderung künftigen Anforderungen anpassen.10Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP
Drucksache 14/1547

- Diskussion10
- Ergebnis: *beschlossen*10

Landtag Nordrhein-Westfalen	- III -	APr 14/198
Ausschuss für Kommunalpolitik und Verwaltungsstrukturreform		10.05.2006
12. Sitzung (öffentlich)		rß
5	Zweites Gesetz zur Änderung des Schulgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (2. Schulrechtsänderungsgesetz)	10
	Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 14/1527	
	• Ergebnis	10
6	Bestellung eines externen „Beraters für die Stadt Waltrop	11
	– Bericht der Landesregierung auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	
	• Bericht durch MR Stefan Mnich (IM)	11
	• Diskussion.....	12
7	Umsetzung des Konnexitätsausführungsgesetzes NRW	14
	– Bericht der Landesregierung auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	
	• Bericht durch MDgt Johannes Winkel (IM)	14
	• Diskussion.....	15
8	Beförderungen in der vorläufigen Haushaltswirtschaft	16
	Vorlage 14/360	
	• Ergebnis	16
9	Verschiedenes	16
	• Ergebnis	16
	Nächste Sitzung: 24. Mai 2006	16

2 Gesetz zur Änderung des Zweiten Gesetzes über den Abbau der Fehlsubventionierung im Wohnungswesen für das Land Nordrhein-Westfalen (2. AFWoG NRW)

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD
Drucksache 14/706

In Verbindung damit:

Gesetz zur Änderung des Fehlbelegungsrechts für das Land Nordrhein-Westfalen – Fehlbelegungsrechtsänderungsgesetz – (FehlÄndG NRW)

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 14/795

Vorlage 14/390 – Neudruck – (Änderungsantrag)
Ausschussprotokoll 14/127

Hans-Willi Körfges (SPD) merkt an, es gebe einen Änderungsantrag der SPD zu diesen Themenkomplex, der im federführenden Ausschuss vorgelegt werden solle. Deshalb bitte seine Fraktion darum, zu dem Punkt kein Votum an den federführenden Ausschuss abzugeben, der, ergänzt **Vorsitzender Edgar Moron**, morgen darüber entscheiden wolle. – Dem folgt der **Ausschuss**.

3 Integrierte Gesamtverkehrsplanung dem Landtag vorlegen.

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Drucksache 14/1113

Vorsitzender Edgar Moron schickt voraus, der federführende Ausschuss für Bauen und Verkehr wolle ebenfalls morgen die Beratungen dazu abschließen und erwarte vom AKV gegebenenfalls ein Votum.

Horst Becker (GRÜNE) geht zunächst auf die Anhörung ein und stellt fest, dass diejenigen, die bei der Anhörung gewesen seien, ganz deutlich die Kritik der kommunalen Spitzenverbände an diesem Vorgehen gehört hätten. Die kommunalen Spitzenverbände, insbesondere der Städtetag, hätten sich maßgeblich über die Art der Beteiligung und auch maßgeblich über die Art und Weise, wie die Ergebnisse sozusagen produziert worden seien, beschwert.

Das Gesetz verlange die Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur und der Mobilitätsangebote bei sinnvoller Zuordnung der Verkehrsaufgaben auf die dafür geeigneten Träger sowie deren Vernetzung und Schnittstellenoptimierung, wobei den öffentlichen Verkehrsträgern der Vorrang gebühre. Genau das habe das Verfahren zur integrierten Gesamtverkehrsplanung nicht geleistet. Vielmehr habe es die Verkehrsträger eigentlich wieder getrennt. Die IGVP nenne sich zwar noch wie

